

Die Rente ist sicher ?

Zum Rentensofortprogramm der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Von Dr. Wolfgang Stuchly, Pressesprecher

Es ist schon bemerkenswert, welche Schwerpunkte der Gründungsparteitag der nunmehr gesamtdeutschen Partei DIE LINKE nach längeren, zum Teil kontroversen und widersprüchlichen Diskussionen am 16. Juni 2007 für die künftige Politik festlegte (ISOR-aktuell berichtete dazu in der Juli-Ausgabe).

Einer der Schwerpunkte – der sowohl in den Grundsatzreden der beiden Vorsitzenden als auch in den ersten Beschlüssen besonders hervorgehoben wurde – war die Aufforderung zu mehr Aktivitäten zur Verhinderung des weiteren massiven Sozialabbaus und zur Herstellung von mehr sozialer Gerechtigkeit bei den Einkommen, im Gesundheitswesen, im Bildungssystem, bei der Steuerpolitik und in der Altersversorgung.

Es ist deshalb kein Zufall, dass die Fraktion DIE LINKE bereits 14 Tage später, am 2. Juli 2007, zu einer Pressekonferenz in die Räumlichkeiten des Bundestages einlud, um über grundätzliche Positionen zur Altersversorgung zu informieren.

Der Fraktionsvorsitzende Oskar Lafontaine, sein Stellvertreter Klaus Ernst und der rentenpolitische Sprecher der Fraktion Volker Schneider stellten mit dem Titel: „Für eine solidarische und sichere Rente“ ein Rentensofortprogramm vor.

Unter dem Druck des schon längere Zeit anhaltenden neoliberalen Umbaus der sozialen Sicherungssysteme, darunter der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) mit seinen Bestandteilen Nachhaltigkeitsfaktor, Rente mit 67, Nullrunden, Privatisierung der Altersvorsorge und faktischen Rentenkürzungen sowie der OECD-

Studie u. a. mit Aussagen zur Altersarmut in Deutschland (siehe dazu ISOR-aktuell, Juli 2007, S.2), entschloss sich DIE LINKE zu einem alternativen sozialpolitischen Gesamtkonzept, um der Aufkündigung der solidarischen Sicherung der Altersversorgung wirksam entgegenzutreten.

Das Programm gliedert sich in sechs Punkte mit folgenden Grundaussagen:

1. Ziel der Gesetzlichen Rentenversicherung muss die gesetzlich vorgeschriebene Lebens-

standardsicherung sein und bleiben. Die Rente soll rund 70 Prozent des Durchschnittseinkommens der Versicherten betragen, um Altersarmut zu vermeiden.

2. Der Beitragssatz muss sich am Leistungsniveau orientieren und nicht umgekehrt. Statt der einseitigen Entlastung der Unternehmen sollen auch die Rentner an den Produktivitätsfortschritten und damit am gesellschaftlichen Wohlstand unmittelbar beteiligt werden.

3. Die Faktoren zur Kürzung der Rente, wie z.B. der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor oder die „Sicherungsklausel“ bei der Einführung der Rente mit 67 sind umgehend abzuschaffen, um eine wachsende Ungleichheit in der Solidargemeinschaft zu verhindern.

4. Die schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in eine einheitliche soziale Erwerbstätigenversicherung mit paritätischer Einzahlung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Damit soll die Beitragsbasis stabilisiert werden. Gleichzeitig soll mit der Einführung eines Solidarausgleichs durch die Höherbewertung der Beitragszeiten für Kindererziehung, Pflege, Arbeitslosigkeit, Krankheit sowie Aus- und Weiterbildung mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen werden.

5. Die Rente mit 67 wird abgelehnt, weil sie zu Rentenkürzung, steigender Arbeitslosigkeit und Altersarmut führt.

6. Der Rentenwert Ost ist schnellstmöglich und steuerfinanziert an den Rentenwert West anzugeleichen. Durch die ausgeglichenen Lebenshaltungskosten in Ost und West ist die unterschiedliche Bewertung gegenstandslos geworden.

Allerdings wäre aus unserer Sicht wünschenswert gewesen, wenn die Fraktion DIE LINKE im Bundestag noch bestehende Ungleichbehandlungen, Ausgrenzungen und Ungerechtigkeiten bei der Altersversorgung gegenüber rund 200.000 ehemaligen DDR-Bürgern als das bezeichnen würde, was es tatsächlich ist: Verstoß gegen die Wertneutralität des deutschen Rentenrechts und grundgesetzwidriges Rentenstrafrecht!

Unser Kampfgenosse

Oberst a.D. Prof. Dr. sc. jur. Wolfgang Edelmann

ist am Mittwoch, dem 25. Juli 2007 verstorben.

Die Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR trauert um ihr Gründungsmitglied, unseren stellvertretenden Vorsitzenden und aufrechten Freund.

Wolfgang hat von Anfang an den Kampf um soziale Gerechtigkeit entscheidend geprägt und bleibende Verdienste bei der Überwindung sozialer Ausgrenzung errungen.

Als Wissenschaftler hat er maßgeblichen Anteil an der juristischen und organisatorischen Führung des Kampfes von ISOR.

Er hat weit über den Verein hinaus Achtung und Anerkennung erworben, sein Handeln war von Solidarität und Standhaftigkeit geprägt. Keine Zeit und keine Kraftanstrengung war ihm dafür zu viel. Sein Wirken wurde vor Jahresfrist mit dem „Preis für soziale Menschenrechte“ der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. gewürdigt.

Unsere tiefe Anteilnahme gilt seiner Ehefrau und seinen Familienangehörigen.

Wir verabschieden uns von ihm mit dem Versprechen, den Kampf in seinem Sinne weiter zu führen.

Der Vorstand

Mit großer Trauer und Bestürzung haben wir von dem plötzlichen und unerwarteten Tod des Vorstandsmitgliedes

Wolfgang Edelmann

erfahren. Der Schmerz und der Verlust trifft nicht nur seine Familie, sondern darüber hinaus sind alle Menschen betroffen, die eine Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit erreichen wollen.

Seit 1991 war er führend an der konzeptionellen und rechtlichen Ausarbeitung der Strategien für die Aufhebung des Rentenstrafrechts beteiligt. Er hinterlässt eine tiefe Lücke, die schwer zu füllen sein wird. Wir sind willens und bemüht, in seinem Geiste die Arbeit unvermindert fortzuführen.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und seiner Familie.

**Rechtsanwalt Benno Bleiberg
und Mitarbeiter**

Warum scheut man sich – bei allem Verständnis für die komplizierte Lage – die Dinge beim Namen zu nennen?

ISOR e.V. unternimmt erhebliche Anstrengungen, um dieses Unrecht überwinden zu helfen. Zeit ist in Verzug – die biologische Zeituhr tickt!

Wir hoffen auch hier – wenngleich unerwähnt – auf die solidarische Unterstützung durch die neue gesamtdeutsche Partei DIE LINKE und ihre Fraktion im Deutschen Bundestag.

Ihr Rentensofortprogramm, das als Antrag in das Parlament eingebracht werden soll, findet unsere Zustimmung und Unterstützung.

(Das Rentensofortprogramm ist nachzulesen bei „www.isor-sozialverein.de“ unter: Bei anderen gelesen)



Aus unseren TIG



Der Vorstand der TIG Berlin-Hohenhausen hat nachfolgenden Appell an die Mitglieder der TIG gerichtet:

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, nun ist die entscheidende Etappe im Kampf gegen das Rentenstrafrecht eingeleitet. Die Aussichten auf einen Erfolg sind wieder real vorhanden. Das Bundesverfassungsgericht hat Mitte des Jahres 2004 unsere Verfassungsbeschwerde zum § 7 AAÜG nicht angenommen.

Es hat aber eine erneute Behandlung offen gelassen, wenn klare Aussagen zur Einkommens- und Qualifikationsstruktur im Vergleich zur Volkswirtschaft vorgelegt werden.

An dieser Aufgabe haben seither aufopferungsvoll und uneigennützig zahlreiche kompetente Mitarbeiter der ehemaligen bewaffneten Organe gearbeitet.

Dank der beharrlichen und besonnenen Arbeit unserer Rechtsanwälte und durch den politischen Druck der ISOR-Mitglieder, sind uns nun endlich nach langem Kampf von den zuständigen Behörden alle erforderlichen Daten übergeben worden. Nach der gutachterlichen Auswertung wird niemand mehr ernsthaft behaupten können, die Einkommensverhältnisse im MfS seien unklar.

Auf dieser Grundlage wird voraussichtlich bis zum Jahresende 2007 ein unabhängiges Gutachten vorgelegt.

Danach können Musterverfahren geführt werden, um möglichst schnell wieder zum Bundesverfassungsgericht zu gelangen.

Dank aller ISOR-Freunde gehörte unsere TIG bisher immer mit zu den Aktivisten im Kampf gegen das Rentenstrafrecht.

Nun ist wieder Licht am Horizont. Wir haben erneut eine reale Chance für einen Erfolg. Aber dafür brauchen wir in dieser Etappe unseres Kampfes die Mithilfe aller Mitglieder.

Deshalb unser Appell

- Halten wir durch! Kämpfen wir gemeinsam

Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand bestätigte in seiner Sitzung am 25.07.2007 die vertraglichen Vereinbarungen mit den zur Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS bestellten Gutachtern. Das entsprechende sozialwissenschaftliche Gutachten soll bis Ende 2007 erstellt werden.

*

Vielen ISOR-Mitgliedern gehen derzeit verwirrende Antworten des Petitionsausschusses zur geforderten Datenherausgabe zu. Diese beruhen auf rechtlich und sachlich falschen und zudem zeitlich überholten Grundlagen. Den TIG-Vorsitzenden wird dazu kurzfristig eine Information des Vorstandes übersandt werden.

Der Vorstand nahm einen Bericht von Herbert Kranz über Erfahrungen und Möglichkeiten der Betreuung von ISOR-Mitgliedern bei rechtlichen und sozialen Problemen entgegen. Er hat das Ergebnis umfangreicher Recherchen in einer Liste mit mehr als hundert Themen und den jeweils kompetenten Ansprechpartnern und Ratgebern zusammengefasst. Bei auftretenden Fragen steht Herbert Kranz den Vorständen und interessierten Mitgliedern von TIG jederzeit für Auskünfte zur Verfügung.

(E-Mail: hkranz@dica.de / Tel. 030-97 99 5505)

*

Die Arbeitsschwerpunkte des Vorstandes für das II. Halbjahr 2007 wurden im Vorstand diskutiert und beschlossen.

Rentenkasse einzahlt, erhält nur 39,9 Prozent seines vorherigen Durchschnittsergebnisses, hat die OECD errechnet.

Vor der Anhebung des Rentenalters und der Minderung des Rentenanstiegs, was nach Aussagen der Bundesregierung die Altersvorsorge angeht der demografischen Entwicklung sicher machen soll, waren es 48,7 Prozent. In allen anderen Ländern werden diesen Personen im Durchschnitt 73 Prozent des Bruttoeinkommens gewährt. Mit Demografie lässt sich die Rentenbescheidung nicht begründen. In Wahrheit sollen damit die Kürzungen der Zuschüsse des Bundes an die Rentenkassen und die Entlastung der Unternehmen gerechtfertigt werden. Es geht eindeutig nicht um Demografie sondern um Verteilung. Die Rentner werden das bei künftigen Wahlen zu würdigen wissen.

Horst Zöllick

Bei anderen gelesen:

Im 8. Tätigkeitsbericht der BStU (Birthler-Behörde), mit dem sie am 03.07.2007 an die Öffentlichkeit trat, ist auf Seite 30 zu ausgewerteten elektronischen Datenträgern zu lesen:

„Im Berichtszeitraum wurden die Daten des so genannten Mfs-Besoldungsprojekts 3325 so aufbereitet, dass auch hier über alle verfügbaren Felder recherchiert werden kann. Erfasst sind in erster Linie die Besoldungsdaten von Mfs Mitarbeitern, die zwischen 1980 und 1990 vom Mfs im Rahmen dieses Datenverarbeitungsprojekts gespeichert wurden. Insgesamt sind für 141.877 Mitarbeiter Gehaltsnachweise enthalten. Darunter sind auch Angehörige des Mdl und der SV Dynamo, weil diese Einrichtungen in enger personaler Verflechtung mit dem Mfs standen.“

Die Daten bestehen aus der Jahresarchivdatei und drei Stammdaten. Die Jahresarchivdatei enthält alle relevanten Informationen zum tatsächlichen Einkommen einer Person vom Zeitpunkt der ersten Datenerfassung bis zum Jahr 1990. Das sind 834.129 Datensätze, wobei ein Datensatz den jährlichen Gehaltsnachweis für einen Mitarbeiter

weiter bis zum endgültigen Urteil.

- Für Zweifel gibt es Verständnis. Aber jetzt in der entscheidenden Etappe aufgeben, aus welchem Grund auch immer, ist die falsche Konsequenz.
- Vertrauen und Zuversicht sind gerade jetzt entscheidender denn je.
- Versuchen wir alle aus unserem Kreis von ehemaligen Mitschülern, Verwandten und Bekannten neue Mitglieder für ISOR zu gewinnen. Das wird uns dem Erfolg näher bringen. Dafür ist es nie zu spät.

Der Vorstand der ISOR e.V. empfiehlt allen TIG, sich diesem Aufruf anzuschließen.

*

Die Mitglieder der TIG Rostock haben sich mit konkreten Fragen zur Angleichung der Rentenwerte Ost an die Rentenwerte West an Minister Müntefering gewandt.

In den Antworten wurde auf die konkret gestellten Fragen nur allgemein und unverbindlich reagiert. Mit aller Offenheit wurde aber eingestanden, dass die Löhne in den neuen Ländern um 23 Prozent niedriger als im Westen sind. Die Rentenwerte hingegen weisen nur einen Unterschied von 12 Prozent auf. Mit anderen Worten, was wollt ihr Rentner-Ost eigentlich, hört endlich auf zu jammern, denen, die arbeiten, geht es noch viel schlechter.

Sicher hat der Herr Jaruzalski, Schreiber des Ministers Müntefering, den Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) „Rente auf einen Blick“ nicht richtig gelesen, sonst hätte die Antwort anders lauten müssen.

In dem Bericht kommen die 30 führenden Industrienationen zu einem beschämenden Ergebnis für Deutschland. Es wird vor der zunehmenden Altersarmut in einem der reichsten Länder gewarnt. Wer in Deutschland 45 Jahre in die gesetzliche

darstellt. Die Stammdaten des Besoldungsprojekts gliedern sich in die Stammdateien 1, 2 und 3. Sie wurden bei Veränderungen monatlich für jede Gehaltsberechnung aktualisiert.... Die ... errechneten Gehälter... gingen in die Jahressarchivdatei ein, die praktisch vollständig vorliegt. Interessant können die Daten der Stammdateien noch insofern sein, als sie Auskünfte über Dienstgrad, Dienstalter, Art der Zulagen, Zuschläge, Abzüge usw. geben. Besonders die Informationen zu den Zulagen, Zuschlägen und Abzügen aus den Stammdateien ermöglichen interessante Analysen, auch hinsichtlich soziologischer Fragestellungen. So ist es z. B.

möglich, die Anzahl der Mitarbeiter zu ermitteln, die Zulagen für operative Tätigkeiten als Ärzte und Apotheker oder Piloten erhielten."

Die Behörde hat uns in den letzten Monaten in sachlicher und korrekter Zusammenarbeit zahlreiche, als Quellen für die Erforschung der Einkommensverhältnisse im MfS unerlässliche Dokumente zur Verfügung gestellt. Die Herausgabe dieses Gehaltsprojekts allerdings wurde uns bisher verweigert.

Eine Frage des so gern zitierten Datenschutzes ist das wohl kaum, zumal die Daten anonymisiert bereitgestellt werden sollen. Wir sehen mit gro-

Bem Interesse den Entscheidungen entgegen, wie sich die Herausgabe auch dieser Daten gestalten wird.

(Quelle: www.bstu.bund.de)

*

Am 25. Mai traf sich die Fachkommission der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) in Berlin zur ersten ausführlichen Debatte zu Fragen der Seniorenpolitik unter Leitung des neuen Bundesvorsitzenden der BAGSO, Walter Link.

Anna Maria Müller, stellv. Vorsitzende des BRH,

>>> Fortsetzung auf Seite 4

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

Zum 94. Geburtstag

Else Wiezcorek, Bln.-Weißensee

Zum 93. Geburtstag

Frieda Schneider, Cottbus
Elli Weidauer, Eggersdorf

Zum 92. Geburtstag

Walter Regel, Bln.-Hellersdorf
Therese Schiewek, Bln.-Weißensee

Zum 91. Geburtstag

Ernst Möbius, Zeitz

Zum 90. Geburtstag

Gerda Leben, Bln.-Mitte
Horst Schulze, Stralsund

Zum 89. Geburtstag

Wilhelm Ehm, Rostock
Elsa Fahr, Leipzig
Walter Wolf, Werdau

Zum 88. Geburtstag

Max Hadam, Erkner
Marianne Lassig, Leipzig
Rudolf Lindenhahn, Leipzig

Zum 87. Geburtstag

Werner Gärtner, Bln.-Köpenick
Kurt Grabowski, Rostock
Ruth Lindner, Plauen
Hellmut Michael, Chemnitz
Erich Richter, Lindenbergs
Heinz Rudolph, Bln.-Li'berg
Erna Scheller, Werdau
Gertrud Schwarz, Bln.-Fr'felde

Zum 86. Geburtstag

Kurt Blumenberg, Pdm./Stern
Hans-Erick Flick, Rostock
Dr. Margit Gronau, Bln.-Treptow
Werner Henning, Schwerin
Hans-Joachim Prehn, Cottbus
Erich Schwerdtfeger, Leipzig
Annemarie Worm, Bln.-Marzahn

Zum 85. Geburtstag

Erika Barabas, Zülow
Christa Ebertz, Plauen
Manfred Göpfert, Dresden

Johannes Hofmann, Bln.-Fr'felde

Eddi Holland, Suhl/Goldlauter

Radi Jaretzky, Magdeburg

Margot Koch, Cottbus

Anne Köhler, Petershagen

Marga Korb, Oelsnitz

Karl Krischker, Bln.-Fr'hain

Elisabeth Krüger, Schwerin

Edith Lohse, Chemnitz

Albert Oehme, Gera

Ruth Reimann, Bln.-Prenzl Berg

Fritz Ronneberger, Freital

Herbert Schlichthaar, Magdeburg

Karl Schmidt, Rostock

Irmchen Schulze, Klötze

Edith Voigt, Chemnitz

Karl Wieghardt, Magdeburg

Werner Zahr, Bln.-Fr'hain

Zum 80. Geburtstag

Jörg Armenat, Weißenfels

Walter Arnold, Suhl

Horst Bandermann, Magdeburg

Gustav Böhm, Löbau

Helmut Chill, Stralsund

Achim Drankmeister, Salzwedel

Horst Dornberger, Eisenach

Heinz Eberlein, Halle

Prof. Dr. Gerhardt Fehr, Halle/Berlin

Dr. Harry Glöckner, Bln.-Mitte

Getraud Hoffmann, Bergfelde

Karl-Heinz Husler, Bln.-Pankow

Eva Jäger, Bln.-Marzahn

Günther Jürß, Rostock

Anna Krisch, Bln.-Li'berg

Horst Lemke, Hoyerswerda

Erika Mecklenburger, Dresden

Walter Merkel, Magdeburg

Werner Michael, Bln.-Weißensee

Hermann Müller, Leipzig

Heinz Näther, Bln.-Li'berg

Gertrud Pelka, Eisleben

Edgar Pickart, Mosbach

Gerhard Reiber, Erfurt

Ursula Schibur, Bln.-Marzahn

Marianne Schmidt, Frankfurto/O

Rolf Schröter, Jena

Sonja Schröter, Bln.-Mitte

Helmut Schultz, Bln.-Köpenick

Renate Schumann, Jena

Ursula Traber, Dresden

Hans-Günther Völkner, Samtens

Heinz Wenzel, Chemnitz

Hildegard Wollenberg, Sachsenhausen

Wolfgang Wunderlich, Bln.-Prenzl. Bg.

Horst Zorn, Rostock

Prof. Dr. Hans-Dieter Zschoge, Leipzig

Zum 75. Geburtstag

Elfriede Adler, Magdeburg

Gerhard Bartl, Chemnitz

Gerhard Bendig, Bln.-Fr'felde

Irmtraud Busch, Bln.-Fr'felde

Roland Clausner, Bernau

Klaus Coburger, Brandenburg

Hans-Joachim Dahle, Bln.-Hhsn.

Paul Dallügge, Schwerin

Manfred Daum, Dresden

Ruth Diehm, Bln.-Fr'hain

Hans Egermann, Aschersleben

Lothar Ehrlich, Plauen-Großzöbern

Siegfried Eisenhuth, Bernau

Inge Emele, Fichtenwalde

Ruth Finke, Bln.-Marzahn

Günther Fischer, Guben

Elfriede Forkel, Mausendorf

Hans Forner, Quedlinburg

Rudolf Gärtig, Stralsund

Werner Gose, Magdeburg

Helmut Große, Bln.-Treptow

Elli Gruchow, Bln.-Hhsn.

Helga Grüner, Bln.-Treptow

Lieselotte Hacker, Boizenburg

Dr. Günther Hegewald, Erkner

Rita Heidrich, Leipzig

Ingeborg Herrmann, Jena

Günther Hoffmann, Bln.-Li'berg

Walter Hoppe, Schönebeck

Walter Jahn, Stralsund

Siegfried Jonas, Bln.-Fr'felde

Arno Kallweit, Bln.-Pankow

Rolf Keil, Halberstadt

Rosemarie Kempe, Magdeburg

Bettina Kemter, Bln.-Pankow

Helmut Kiebewetter, Neubrandenbg.

Ursula Kittler, Meißen

Hildegard Krauß, Bln.-Marzahn

Siegfried Krebs, Bln.-Fr'felde

Günther Krenkel, Dresden

Sigrid Krumsdorf, Bln.-Hhsn.

Gerd Kunz, Bln.-Mitte

Willy Kutzscher, Lübben

Fritz Langer, Angermünde

Günter Lengert, Pdm.-Babelsberg

Manfred Lieber, Dresden

Edelgart Lutter, Suhl

Werner Lutz, Bln.-Hhsn.

Charlotte Mehlich, Plauen

Fritz Meinert, Eggesin

Fred Meissner, Pdm.-West

Gertraud Mettendorf, Bln.-Weißensee

Wolfgang Miersch, Delitzsch

Werner Mischke, Hildburghsn.

Heinz Moritz, Leipzig

Horst Mrocik, Arnstadt

Helmut Müller, Leipzig

Regina Mürbe, Hartmannsdorf

Helmut Neumann, Hildburghausen

Irene Neumann, Rostock

Lothar Neumann, Cottbus

Gerhard Ostrowitzki, Schwerin

Kurt Pabst, Dresden

Werner Petroschka, Hoyerswerda

Horst Philipp, Zwickau

Horst Plogsties, Zingst

Gottfried Preusche, Bln.-Hhsn.

Alfred Radzuweit, Schwerin

Brigitte Richter, Halle

Tilo Richter, Bestensee

Manfred Rößler, Cottbus

Günter Rochlitz, Leipzig

Horst Rothe, Bln.-Fr'felde

Ursula Rudolph, Bln.-Hhsn.

Roland Schildner, Dresden

Alfred Schöps, Spremberg

Friedhelm Schuster, Magdeburg

Manfred Sommer, Bln.-Hhsn.

Rona Sonntag, Kraupa

Dr. Rudolf Spitzner, Leipzig

Siegfried Steiner, Saalfeld

Ernst Stoltmann, Gera

Ernst Thiel, Bln.-Treptow

Siegmund Tober, Zittau

Eberhard Tuchscherer, Bln.-Treptow

Ernst Voeske, Plauen

Dr. Harry Voitzsch, Dresden

Rainer Wackernagel, Bln.-Köpenick

Erwin Weidemeier, Jena

Joachim Wiegand, Bln.-Fr'felde

Sigrid Willkommen, Pdm.-Babelsberg

Horst Winkel, Schwerin

Klaus Winter, Neu-Seddin

Eberhard Wolf, Bln.-Köpenick

>>> Fortsetzung von Seite 3

appellierte an das Gremium, es möge sich nun endlich auch der noch immer ausstehenden Anpassung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West annehmen.

Der BRH-Landesvorstand Berlin hatte in einer Erklärung gefordert, endlich diese Anpassung zu vollziehen. Eine weitere Untätigkeit der Politiker in dieser Frage laufe auf eine dauernde Spaltung des Landes hinaus. Es sei unmoralisch, diese Forderung nicht anzuerkennen zu wollen und für sich selbst über Diätenerhöhung nachzudenken.

(Aus BRH aktuell 52/07)

Aus der Postmappe:

Unser Freund Heinz Schulze und seine Frau (TIG Oranienburg) hatten sich mit einem Leserbrief an die „Märkische Allgemeine“ gewandt und ihre Auffassung zur Rentenerhöhung um 0,54 Prozent zum 1. Juli 2007 kundgetan.

Die dortige Leserbriefredaktion hatte für seinen Text leider keine Verwendung. ISOR aktuell hingegen hält seinen Brief für bemerkenswert. Er bringt die tatsächliche Lage treffend zum Ausdruck.

Er schreibt u.a.:

... Meine Ehefrau und ich haben mit der „Rentenwertbestimmungsverordnung 2007“ eine Rentenanpassung von 0,54 Prozent erhalten. Es ist für uns sehr schwer nachvollziehbar, diese Wortwahl im Rentenbescheid sozialökonomisch mit unserer tatsächlichen Altersrente positiv zu bewerten. Sozial gerecht wäre, wenn die Anpassung die finanziellen Verluste seit der letzten Anpassung im Jahr 2003 ausgleichen würden. Die Anpassung vom 1. Juli 2007 erfüllt diese – unsere Forderung – nicht. Ab 2004 haben wir einen finanziellen Verlust durch Nullrunden, Inflationsrate und Gesundheitsreform von 7,42 Prozent hinnehmen müssen. Es verbleibt uns ein Anpassungsverlust von nun 6,88 Prozent. Die zweite Frage ergibt sich aus der Rentenwertbestimmung. Wir haben unseren Rentenwert seit 1990 sozialpolitisch analysiert und festgestellt, dass unsere Altersrente bis 2003 auf 124 Prozent erhöht wurde.

Die Bundesregierung hat mit ihren Rentenbeschlüssen, die finanziell-ökonomischen Belastungen auf unseren Lebensunterhalt nicht berücksichtigt. In allen Versorgungsbereichen gibt es seit 1990 extreme Preissteigerungen.

1989 mussten wir für unsere Miete, Medikamente, Mehrwertsteuer, Telefon, Rundfunk- und Fernsehen, Kfz-Steuern, Versicherungen und Zahnersatz 75,77 EURO (umgerechnet) im Monat aufwenden. 2007 sind es 871,68 EURO. Das sind Mehrausgaben von 795,91 EURO. Mit den weiteren Mehrausgaben für Lebensmittel, Energie- und Heizkosten, Haushaltsgegenständen, Bekleidung u.v.a.m. überschreiten diese die Brutto-Netto-Rente von 1989.

Unsere gegenwärtige Brutto-Rente liegt 8 Prozent unter der Armutsgrenze in Deutschland. Es ist allgemein bekannt, dass Deutschland ein reiches Land ist! Die in der „Unterschicht“ lebenden Menschen erwarten deshalb von der Bundesregierung, dass die erarbeitete Wertschöpfung sozial gerechter eingesetzt wird. Unsere soziale Marktwirtschaft und das Finanzsystem werden immer noch anarchistisch beherrscht.

Aus den Medien müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass fast täglich Millionen Euro der Wertschöpfung im wahrsten Sinne des Wortes von den Regierungen in den Sand gesetzt, von den Reichen vergoldet oder von korrupten Menschen kriminalisiert werden. ...

Ministerpräsident Herr M. Platzeck will einen „vorsorgenden Sozialstaat“ aufbauen und eine Demokratie, in der es sozial und gerecht zugeht. Es wird gegenwärtig sehr viel vom Wirtschaftsaufschwung berichtet. Oft hört man, die Wirtschaft „booomt“!

Bisher haben wir aus der „Unterschicht“ nur festgestellt, dass es bei den Millionären 2005/06 einen Aufschwung von 4,1 Prozent und 2003/04 bei der Altersarmut im Land Brandenburg (ein Anwachsen – d.Red.) von 28,71 Prozent gegeben hat.

Wenn alle verantwortlichen Funktionsträger die armen Menschen im reichen Sozialstaat mitnehmen wollen, dann finden sie im Grundgesetz dafür einen sehr großen Wortschatz mit konkreten Wertigkeiten!

Wenn zum Beispiel der wirtschaftliche Missbrauch des Eigentums unterbunden, der Schutz der Menschenwürde und die Gleichheit vor dem Gesetz gewährleistet, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse und ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht im ganzen Land durchgesetzt wird, dann werden auch wir Rentner ... in einem „vorsorgenden Sozialstaat“ leben können.

Waltraut und Heinz Schulze

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 25.07.2007

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.08.2007

Einstellung im Internet: 07.09.2007

Auslieferung: 13.09.2007

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 – Sekretariat

29 78 43 16 – Geschäftsführer

29 78 43 17 – AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Von Mitglied zu Mitglied

Natur pur, direkt vor der Haustür – 2 gemütl. FEWO in Unterweißbach/Thür. Schwarzatal

Tel./Fax: 036730 22785 ab 19.00 Uhr



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



EVA-MARIA BEYER, Bln.-Fr'hain

CARL BOLDT, Perleberg

ERIKA BEUER, Ferch

DOROTHEA BÜRGEL, Leipzig

KURT DAUDERT, Görlitz

HEINRICH DITTRICH, Osterburg

MATTHIAS DORSCHNER, Annaberg-Buchholz

PROF. DR. WOLFGANG EDELMANN, Seeburg

GÜNTHER EICHLER, Boizenburg

HANS FILIN, Bln.-Treptow

PETER GORLDT, Chemnitz

FRITZ GRAMS, Schwerin

KURT GROSSER, Ludwigsfelde

MANFRED GRZEGORSKI, Cottbus

HORST HÄRTEL, Cottbus

KURT HARNISCH, Bln.- Prenzl. Berg

MICHAEL JOACHIMSTHAL, Bln.-Köpenick

FRITZ KARL, Mengersgereuth-Hämtern

URSULA KÖGLER, Dresden

HEINZ KOSCHKE, Starsow/Holm

SIEGFRIED KUNDE, Forst

CHARLOTTE KUTTERER, Pdm.-Babelsberg

SIEGFRIED LEISTNER, Bad Brambach/Rohrbach

KARL LEONHARDT, Bln.-Marzahn

HENRY LUDWIG, Leipzig

WALTER MARKWORDT, Quedlinburg

HORST MARX, Bln.-Pankow

KLARA MROSS, Dresden

HILDEGARD PORSCHEBERGER, Dresden

ERICH RÜCKERT, Rostock

HANS-JOACHIM RUNKOWSKI, Osterburg

RUDI SANDT, Magdeburg

HORST SCHNEIDER, Löbau

GÜNTHER SCHREIBER, Stralsund

ROLF SCHULZE, Grimma

JOACHIM SCHÜTT, Schwerin

HORST STROHSCHEN, Strausberg

HILMAR TEICHMANN, Suhl

GÜNTER VIERERBE, Salzwedel

GOTTFRIED WEISSBACH, Chemnitz

GOTTFRIED WEISSBACH, Chemnitz

RUDI WOHLGEMUTH, Bln.-Fr'felde

HELMAR WUNDERLICH, Bln.-Treptow

Ehre ihrem Andenken